

Wahlprogramm

AntragsstellerIn: Niclas Dürbrook (Jusos Schleswig-Holstein)

Gegenstand: **Wir wollen eine starke demokratische Gesellschaft**

Antragstext

1 Mehr Mittel für die politische Bildung
2 Schleswig-Holstein stellt im Vergleich mit anderen Bundesländern nur einen
3 Bruchteil
4 der notwendigen Mittel für politische Bildung zur Verfügung. Die Absenkung des
5 Wahlalters auf 16 Jahre war ein richtiger und notwendiger Schritt. Nun geht es
darum
die notwendigen Rahmenbedingungen für politische Teilhabe zu schaffen.

6 **Es müssen deutlich mehr Mittel für die politische Bildung und Jugendarbeit**
7 **bereitgestellt werden. Die Angebote für junge Menschen sollen ausgeweitet**
8 **werden.**
Aufklärung ist der beste Weg, um Radikalisierungen zu verhindern.

9 Kampf gegen Rechts
10 Wir beobachten eine deutliche Zunahme von rechter Gewalt und Hetze. Auf diese
11 gesellschaftliche Herausforderung gilt es schnell zu reagieren.

12 **Deshalb werden wir, dass die institutionalisierte Arbeit gegen Rechts**
13 **ausfinanziert**
14 **wird. Insbesondere in den Schulen gilt es jetzt, verstärkte Aufklärungsarbeit zu**
leisten.

15 Wirtschaft/Politik ab der 5. Klasse an allen Schulen
16 Es gibt nach wie vor Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, die während
17 ihrer Schulzeit nicht in Kontakt mit politischer Bildung kommen. In einer immer
18 komplexeren Welt ist das aber Voraussetzung, um die Kompetenzen für eine
19 gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft zu erwerben. Das Wahlalter 16
20 bringt zudem einen weiteren Bedarf an politischer Aufklärung.

21 Deshalb wollen wir, dass Wirtschaft und Politik ab Klasse 5 in allen Schulen des
22 Landes unterrichtet werden. Politische Bildung muss bereits in der Grundschule
23 in-
24 und außerhalb des Unterrichts verankert werden. So lernen junge Menschen früh,
sich
mit politischen Ideen auseinanderzusetzen.

25 Kinder und Jugendliche beteiligen!
26 In Städten und Gemeinden werden Kinder und Jugendliche zu wenig beteiligt. Ihre
27 Beteiligung wird selten ernst genommen und findet in der Realität kaum
Beachtung.

28 Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlich machen. Sie
29 müssen verpflichtend in die Planungen der Verwaltungen einbezogen werden. Wo das
30 nicht passiert, muss es Folgen haben!